

Sabine Monauni: «Eine klare Haltung zu haben, ist besser, als sich irgendwie durchzuwursteln»

Interview Für Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni war das erste absolvierte Jahr ein anspruchsvoller Start - insbesondere wegen Casinos, Jagd und Klimafragen: Was sie als Ministerin für Inneres, Wirtschaft und Umwelt erreicht hat und was im 2022 noch auf der politischen Agenda steht, erklärt Sabine Monauni im Jahresinterview mit dem «Volksblatt».

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Frau Monauni, wie blicken Sie auf Ihr erstes absolviertes Jahr als Ministerin zurück: Gab es viel zu tun?

Sabine Monauni: Es war in der Tat ein anspruchsvoller Start. Corona stand zu Beginn der neuen Legislatur im Zentrum und dominiert auch heute noch die politische Agenda. Trotzdem konnte ich in meinem Ministerium einige wichtige Themen anpacken, wie beispielsweise das Jagdgesetz, die Casino-Verordnung oder die Verlängerung der Coronahilfen für die Wirtschaft. Ebenso haben wir dem Landtag den ersten Bericht zur Umsetzung der Energiestrategie 2030 vorgelegt und damit die Diskussion zur Umsetzung der Klimaziele eröffnet.

«Ich scheue Auseinandersetzungen nicht», haben Sie als FBP-Spitzenkandidatin vor den Wahlen gesagt. Nun haben Sie mehrere heiße Eisen angepackt, die Sie aus der letzten Legislatur geerbt haben. Hatten Sie keine Angst, sich gleich am Anfang die Finger zu verbrennen?

Angst ist ein schlechter Ratgeber in der Politik. Respekt hatte ich aber allemal vor der Aufgabe, zumal mir bewusst war, dass ich mit meinem Ministerium einige politisch kontroverse Themen geerbt habe. Innenpolitik ist immer nah am Menschen, allen recht kann man es da nie machen. Politik ist immer Interessenabwägung zum Wohle der Allgemeinheit. Ich habe aber gemerkt, dass eine klare Haltung, auch wenn sie zu Gegenreaktionen führt, besser ist, als sich irgendwie durchzuwursteln.

Auf die Abänderung des Jagdgesetzes wartete man in der letzten Legislatur beispielsweise vergeblich, wohl wegen des zu erwarteten Widerstands der Jägerschaft. Sie haben im Landtag um die Regierungsvorlage regelrecht ringen müssen. Wie zufrieden sind Sie mit dem Resultat? Ich bin sehr zufrieden, da wir die zentralen Punkte der Vorlage durchbringen konnten - nämlich die Schaffung einer staatlichen Wildhut und die Möglichkeit Intensivbejagungsgebiete auszuscheiden. Das Wald/Wild-Thema war seit Jahrzehnten blockiert. Mir ging es mit der Abänderung des Jagdgesetzes nie darum, einen Keil zwischen Forst und Jägerschaft zu schlagen, sondern darum, die Grundlagen zu schaffen, dass wir gemeinsam mit allen Waldakteuren die Schutzwaldproblematik angehen können. Unser Schutzwald ist in keinem guten Zustand, weshalb auch der Staat gewisse Möglichkeiten haben muss, um mit entsprechenden Massnahmen einzugreifen.

Ist damit die Diskussion um das Streitthema nun vom Tisch bzw. der Schutzwald gerettet?

Die Wildhut und die Intensivbejagungsgebiete sind zentrale Massnahmen, um die Jagdgesellschaften bei der Wildbestandsregulierung zu unterstützen. Sie sind aber nicht die alleinige Lösung des Problems. Ebenso

müssen die nicht-jagdlichen Empfehlungen gemäss Massnahmenpaket der Regierung aus dem Jahr 2020 umgesetzt werden. Dazu gehören die naturnahe Waldbewirtschaftung, die verbesserte Lebensraumnutzung für das Schalenwild sowie die Zusammenarbeit mit Vorarlberg und St. Gallen. Im Rahmen einer langfristigen Waldstrategie wollen wir zudem alle Waldakteure an einen Tisch bringen, um die vielfältigen Ansprüche an unseren Wald zu klären. Ich bin froh und schätze es sehr, dass die Jägerschaft bereits öffentlich ihre Mitarbeit angeboten hat. Denn ohne Jägerschaft geht es nicht.

Jahrelang vor sich hergeschoben wurde auch die Problematik der umstrittenen Strommasten in Balzers. Ist es heute überhaupt noch möglich, eine Lösung zu finden, ohne unwillige Bodenbesitzer zu enteignen?

Eine einfache und schnelle Lösung, die allen Ansprüchen gerecht wird, gibt es leider nicht. Eine Verlegung von Strommasten braucht Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Zudem wären dadurch neue Bodenbesitzer und Anwohner tangiert, die unter Umständen auch enteignet werden müssten. Fakt ist, dass wir die Hochspannungsleitung Balzers brauchen, um im Rahmen der schweizerischen Regelzone eine sichere und stabile

Stromversorgung in unserem Land sicherzustellen. Mit dem Strombezug aus Österreich alleine können wir unsere Bevölkerung nicht versorgen bzw. müssten wir die Stromleitungen quer durch das ganze Land massiv ausbauen. Da wir absehbar keine andere Alternative haben, wird wohl kein Weg an einer befristeten Enteignung vorbeiführen, zumal die Grundeigentümer einer Verlängerung der Überleitungsrechte nicht zustimmen wollen. Das letzte Wort hat aber der Landtag. Er entscheidet gemäss Gesetz über den Enteignungsantrag.

Mit Blick auf den Casino-Boom haben Sie ebenfalls aufs Gas gedrückt und sind mit Ihren Ankündigungen

von Massnahmen auf Verordnungsebene anderen politischen Vorstößen zuvorgekommen. Hat die Erhöhung des Progressionssatzes, der ab diesem Jahr in Kraft tritt, schon Wirkung gezeigt?

Eine gewisse Wirkung ist durchaus feststellbar. So wurden seit der Verabschiedung der Verordnung im Juli 2021 keine neuen Bewilligungen erteilt und die Wirtschaftlichkeit gewisser Projekte noch einmal infrage gestellt. Da die Verordnung erst am 1. Januar 2022 in Kraft tritt, kann noch kein endgültiges Fazit gezogen werden. Derzeit stellen wir einen grossen Verdrängungskampf unter den Casinos fest. Ich gehe davon aus, dass die neue Verordnung die Konsolidierung auf dem Markt beschleunigen wird, auch wenn derzeit noch neue Casinos auf den Markt drängen.

Wie beurteilen Sie den Spielbanken-Boom heute und die Aussage von Gegnern, dass Casinos nicht nachhaltig seien?

Der Spielbankenmarkt hat sich seit der Marktliberalisierung 2016 in eine Richtung entwickelt, die so nicht erwartet wurde bzw. auch nicht gewollt war. Ich verstehe daher den Ruf aus der Bevölkerung nach einer Casinobegrenzung. Das Casinogeschäft produziert nicht nur Steuereinnahmen und Arbeitsplätze für das Land, sondern auch soziale Kosten wie Suchtrisiken sowie Reputationschäden. Wir leben jedoch in einem Rechtsstaat und haben uns an die Gesetze zu halten. Betriebsbewilligungen können nicht einfach so entzogen werden und staatliche Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen müssen mit Bedacht vorgenommen werden. Mit der Motion «Casino-Bremse» wurde die Regierung beauftragt, dem Landtag Vorschläge zu unterbreiten, um weitere unerwünschte Entwicklungen zu verhindern. Mein Ziel ist es, im nächsten Jahr eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Ein anderes Thema, das die Menschen sehr beschäftigt: das Satellitenprojekt eines chinesisch-europäischen Firmenkonsortiums, welches gerne die Liechtensteiner Frequenzen hätte. Wie steht es um das Projekt?



Obschon die Coronapandemie die Agenda dominierte, hat Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni auch andere wichtige Themen angepackt.

«Ich schätze es sehr, dass die Jägerschaft bereits ihre Mitarbeit angeboten hat.»

«Innenpolitik ist immer nah am Menschen, allen recht kann man es da nie machen.»

«Ich hoffe, dass wir als Gesellschaft wieder zu mehr Sachlichkeit und Solidarität finden.»

Die Regierung ist sich der geopolitischen Bedeutung des Projekts durchaus bewusst. Das zuständige Amt für Kommunikation wendet hier einen sehr sorgfältigen Prüfmasstab an, um die Risiken für das Land so weit wie möglich zu minimieren. Bislang wurden die erforderlichen Frequenzen für das Projekt nur bedingt und unter strengen Auflagen erteilt. Diese Auflagen wurden jüngst durch einen Entscheid des Verwaltungsgerichtshofs gestützt. Sollte das Unternehmen nicht in der Lage sein, die Auflagen zu erfüllen, kann das Projekt nicht realisiert werden.

Kommen wir noch zur Coronapandemie, die weiterhin allgegenwärtig ist. Wie nehmen Sie die Stimmung im Land wahr und wie gehen Sie persönlich mit der Krise um?

Nach fast zwei Jahren Pandemie sind wir alle erschöpft und ungeduldig. Niemand von uns hat jemals gelernt, mit einer Gesundheitskrise von dieser Dimension umzugehen. Je länger es dauert, umso schwieriger wird es auch für die Regierung, die Menschen bei der Krisenbewältigung mitzunehmen. Und dennoch gibt es momentan keinen anderen Ausweg, als sich an die Schutzmassnahmen zu halten und zu impfen, um das Gesundheitssystem zu schützen. Natürlich bin ich besorgt darüber, wie sich die Bevölkerung bei diesem Thema spaltet. Ich hoffe, dass wir hier als Gesellschaft wieder zu mehr Sachlichkeit und Solidarität finden.

Gesamthaft betrachtet ist der Wirtschaftsstandort Liechtenstein bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Sehen Sie das auch so?

Unsere Wirtschaft hat die Krise bislang insgesamt gut gemeistert. Die Arbeitslosenzahlen sind nach wie vor auf sehr tiefem Niveau, dies auch dank der vereinfachten Kurzarbeitsentschädigung. Wir haben das Glück, dass unsere Wirtschaft breit aufgestellt ist und wir daher kein «Klumpenrisiko» haben. Der Finanzplatz, welcher von den Coronafolgen bislang kaum betroffen ist, hat sich zudem als stabilisierender Faktor erwiesen. Die Pandemie hat einige Branchen härter getroffen als andere, wie beispielsweise die Gastronomie und Hotellerie in der Talebene. Diese sind nach wie vor auf die Unterstützung des Staates angewiesen.

Wäre es nicht langsam an der Zeit, die Corona-Wirtschaftshilfen des Landes zu beenden; diese können ja nicht für immer gewährt werden: Welche Szenarien gibt es hierzu?

Die Situation ist nach wie vor sehr volatil. Die behördlichen Massnahmen mussten aufgrund der hohen Fallzahlen nochmals verschärft werden und die produzierenden Betriebe sind weiterhin mit Lieferschwierigkeiten aus dem Ausland konfrontiert. Ich finde es daher richtig, dass die Regierung die Wirtschaftshilfen nochmals bis Ende erstes Quartal 2022 verlängert hat. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir uns auf



grund der guten finanziellen Lage des Staatshaushaltes nicht wie andere Länder verschulden müssen.

Aber Sie haben natürlich recht, die Corona-Wirtschaftshilfen können nicht ewig andauern. Die Unternehmen werden sich über kurz oder lang auf die «neue Normalität» einstellen und ihr Geschäftsmodell entsprechend anpassen müssen. Gerade bei der Gastronomie und Hotellerie ist nicht davon auszugehen, dass die internationalen Geschäftskunden im gleichen Ausmass wie vor Corona zurückkommen werden. Die Regierung hat daher bereits ein Coaching-Programm aufgesetzt, um eine Neuausrichtung in diesem Sektor zu unterstützen.

Die jüngsten Entwicklungen haben das Thema Homeoffice wieder befeuert. Gerade für Grenzgänger sind hierzu aber noch einige arbeitsrechtliche Fragen offen. Haben Sie sich mit den Nachbarländern über mehr Spielraum einig werden können?

Liechtenstein konnte sich vor Kurzem mit seinen Nachbarländern darauf verständigen, die flexiblen Regeln für Grenzgänger im Homeoffice um ein halbes Jahr bis 30. Juni 2022 zu verlängern. Konkret bleiben diese unabhängig von ihrer physischen Präsenzzeit in Liechtenstein weiterhin unseren arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Regeln unterstellt. Für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein mit zunehmendem Fachkräftemangel würde ich mir wünschen, dass diese flexible Handhabung auch für die Zeit nach Corona gilt. Allerdings brauchen wir hierfür eine Regelung auf europäischer Ebene. Frank-